

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپائی

Aus: Ausgabe vom 25.10.2017, Seite 7 / Ausland

Von Nick Brauns
26.10.2017

Erdogan räumt auf

*AKP-Oberbürgermeister von Ankara wurde nach 23 Jahren zum Rücktritt genötigt.
Säuberungen innerhalb der Regierungspartei*



Bild aus besseren Tagen: Porträts von Ankaras Bürgermeister Melih Gökcek und des damaligen türkischen Premierministers Recep Tayyip Erdogan (28.3.2004)

Foto: Fatih Saribas/Reuters

Der Oberbürgermeister der türkischen Hauptstadt Ankara, Melih Gökcek, hat seinen Rücktritt angekündigt. »Heute haben wir mit dem Präsidenten gesprochen«, erklärte der 69jährige Politiker am Montagabend über sein bevorzugtes Kommunikationsmedium, den

Kurznachrichtendienst Twitter, auf dem ihm mehr als vier Millionen Menschen folgen. Am Samstag wolle er bei einer Sondersitzung des Stadtrates sein Amt niederlegen.

Gökcek, der seit 1994 Bürgermeister von Ankara ist, gilt vielen in der Türkei als Inbegriff des korrupten Politikers, der vor allem in die eigene Tasche wirtschaftet. Berüchtigt ist das Mitglied der regierenden religiös-nationalistischen Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) durch seine meist über Twitter vorgetragenen harschen Angriffe auf politische Gegner, aber auch wegen seiner wirren Verschwörungstheorien. So behauptete Gökcek ernsthaft, ausländische Mächte würden künstliche Erdbeben in der Ägäis erzeugen, um die Türkei zu schwächen.

Bei der AKP gehe es nicht um die Liebe zu Ämtern, sondern um die Liebe zum Dienen, kommentierte ebenfalls über Twitter der Parteivorsitzende und Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan umgehend den von ihm befohlenen Rücktritt seines Gefolgsmanns Gökcek. Vor diesem hatten in den vergangenen Tagen bereits der Oberbürgermeister von Istanbul, Kadir Topbas, sowie die Bürgermeister von Düzce, Nigde und Bursa ihre Ämter aufgegeben, nachdem Erdogan öffentlich ihren Rücktritt verlangt hatte.

Die Rücktritte erfolgten zwar offiziell »freiwillig«. Doch im Hintergrund schwebte das Damoklesschwert einer Anklage wegen vermeintlicher Unterstützung der als Fethullah-Terrororganisation (Fetö) bezeichneten Gülen-Bewegung. Vor diesem Vorwurf sind selbst hartgesottene Gülen-Gegner wie Gökcek nicht gefeit, schließlich hatten alle führenden AKP-Politiker bis zum Bruch zwischen Erdogan und Gülen mit der einflussreichen Sekte kooperiert.

Nach dem mit nur knapper Mehrheit von 52 Prozent gewonnenen Referendum über die Einführung eines Präsidialsystems im April hatte der Staatspräsident »Materialermüdung« innerhalb der Regierungspartei beklagt. Mit Blick auf die Kommunal- und Präsidentschaftswahlen im Jahr 2019 hatte er zudem eine gründliche Umstrukturierung gefordert.

Nachrücken werden einerseits jüngere Kader, die zum Teil noch fanatischere politische Ansichten vertreten. Andererseits setzt Erdogan auch auf Persönlichkeiten außerhalb der AKP, um eine Hegemonie im rechten Spektrum aufrechterhalten zu können. So sind der Führer der faktisch in einer antikurdischen Kriegsallianz mit der AKP stehenden faschistischen Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP), Devlet Bahçeli, und die ehemalige Ministerpräsidentin der inzwischen bedeutungslosen rechtskonservativen Partei des Rechten Weges (DYP), Tansu Çiller, bereits als Vizepräsidenten im Gespräch.

Hintergrund ist das Erwachen einer Konkurrenz für die AKP. So will die abtrünnige MHP-Politikerin Meral Aksener eine in den Medien bislang unter dem Namen »Demokratische Zentrumspartei« firmierende neue Vereinigung gründen. Im Parlament bekennen sich bereits vier ehemalige MHP-Abgeordnete und ein früherer Abgeordneter der kemalistischen Republikanischen Volkspartei (CHP) zu Akseners zukünftigem Zusammenschluss, der derzeit in Meinungsumfragen auf rund 20 Prozent der Stimmen kommt.

Lediglich unter Kurden wird die neue Partei kaum Anhänger gewinnen können. Denn in Akseners Verantwortung als Innenministerin im Jahr 1996 fallen einige der schlimmsten Kriegsverbrechen im Kampf gegen die Freiheitsbewegung, unter anderem auch die Ermordung Tausender Zivilisten durch Todesschwadronen.